Nächtlicher Hubschrauberlärm hält unvermindert an

Initiative der Stadt stockt

„Protokoll abwarten" – Im Juni 120 Anrufe am Beschwerdetelefon

ANSBACH (mik) – Am 26. Mai hat der Stadtrat einstimmig eine Resolution verabschiedet, die Maßnahmen für ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr sowie ein kategorisches Überflugsverbot von Wohngebieten zum Ziel hatte. Seither ist offenbar nicht viel passiert. Die Schreiben an die kommunalen Spitzenverbände, die dafür eingebunden werden sollten, sind noch nicht abgeschickt worden. Gleichzeitig hielt der nächtliche Hubschrauberlärm auch im Juni und im beginnenden Juli unvermindert an. Im vergangenen Monat gingen deshalb bei der Stadt 120 Beschwerden ein.

Laut Resolution will die Stadt „zum Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm und Abgasen durch die US-Militärhubschrauber" auf eine Änderung der „Allgemeinen Bestimmungen über den Hubschrauberbetrieb an den militärischen Hubschrauberflugplätzen in der Bundesrepublik" dringen. Weil diese Bestimmungen aber keine kommunale, sondern eine Bundesangelegenheit sind, sollte die Unterstützung des Deutschen und des Bayerischen Städtetags für dieses Ansinnen gewonnen werden.

Die Resolution sei zur Information zeitnah an die US-Armee geschickt worden, hieß es nun aus dem Stadthaus. „Die Schreiben an die Verbände liegen aber erst im Entwurf vor", räumte jetzt die Oberbürgermeisterin Carda Seidel ein. Er sei noch dabei, die endgültigen Schreiben abzufassen, ergänzte der Leiter des Rechtsreferats, Rainer Stache. Zuvor müsse aber erst noch das Protokoll der Stadtratssitzung abgewartet werden. Dann müssten die zuständigen Adressaten, die man um Unterstützung bitten könne, ausfindig gemacht werden. Stache bat um etwas Geduld: „Wir bemühen uns redlich."

Die Geduld der Bewohner entlang der Hubschrauber-Fluglinien wird gleichzeitig weiter strapaziert. Die Beschwerden über den nächtlichen Lärm haben im Juni noch einmal zugenommen, stellte die zuständige Mitarbeiterin am städtischen Beschwerdetelefon, Kathrin Blomeier, fest. Von November 2008 bis Mai 2009 waren 355 Anrufe und E-Mails eingegangen, also durchschnittlich 51 pro Monat; im Juni stieg die Zahl auf 120 an.

Die warme Jahreszeit mache sich da bemerkbar, meinte Blomeier. Jetzt sei der Lärm besonders belastend: „Die Leute wollen abends im Freien sitzen und nachts die Fenster aufmachen und lüften." Durch den anhaltenden Übungsbetrieb werde ihnen das aber oftmals vergällt. Die Beschwerden darüber würden von der Stadt aufgenommen und an die Amerikaner mit der Bitte um Beantwortung weitergeleitet, versicherte Blomeier.

Bereits im Mai hatte ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Etz langts!", Hansjörg Meyer, und dem Ministerialrat der Bayerischen Staatskanzlei, Marcus Mittmeyer stattgefunden. „Wir hatten mehrere Briefe an den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer geschrieben und die Probleme geschildert", erklärte Meyer. Mittmeyer war daraufhin von Seehofer gebeten worden, mit der Bürgerinitiative Kontakt aufzunehmen. In dem Gespräch habe er deutlich gemacht, dass es vielen Bürgern auf den Flugrouten um Katterbach und Illesheim nur noch um eines gehe. „Wann ist dieser Lärm endlich zu Ende?", erklärte Meyer. Mittmeyer habe Verständnis für das Anliegen gezeigt und zugesagt, die Problematik in anstehenden Treffen mit Vertretern des Bundesverteidigungsministeriums zur Sprache zu bringen.

Zwischenzeitlich hat die Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/die Grünen, Renate Ackermann, eine Anfrage an die Bayrische Staatskanzlei gestellt, in der sie unter anderem wissen wollte, wie die Spitzenwerte des Lärmpegels, die bei Überflügen von Hubschrauber nach Messungen der Bürgerinitiative oft 80, in Einzelfällen sogar 83 Dezibel erreicht hätten, künftig verhindert werden könnten. „Sieht sich die Staatsregierung durch die Tatsache, dass der gesetzliche Grenzwert von 55 Dezibel permanent überschritten wurde und selbst in der Nacht regelmäßig 70 Dezibel erreicht wurden, veranlasst, selbst Lärmmessungen durchzuführen?", fragte Ackermann.

Außerdem wollte die Abgeordnete wissen, ob die Staatsregierung einen Vorstoß auf Bundesebene unternehmen werde und wie im dicht besiedelten Mittelfranken ein Überfliegen von Wohngebieten überhaupt verhindert werden könne. Eine Antwort der Staatskanzlei liegt noch nicht vor.

Nicht nur Kampfhubschrauber, auch Transporthubschrauber (Bild) sind an den intensiven Übungsflügen beteiligt. Die Lärmbeschwerden der Bevölkerung haben jetzt in der warmen Jahreszeit deutlich zugenommen. *Archiv-Foto: Albright*